

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 4,10 Mk. für den Monat. Postbeholdung: Nr. 23883. Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprechnummer: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, 26. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Verbandsanzeigen, 3 gepaltene Millimeterzeilen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gepaltene oder deren Raum im Cent 2,- Mk.

## Die Justiz entlarvt.

### Ein Justizminister Beschützer eines Hochverrätters.

Der Demokratische Zeitungsdienst teilt anlässlich der Ankündigung des neuen Entwaffnungsgesetzes, welches die Forderungen der Pariser Beschlüsse erfüllt, folgende interessante Einzelheit mit:

Hier verlautet, daß Kapitänleutnant Ehrhardt, der am 19. März 1920 als Einleitung des Rapp-Putschs seine Marinebrigade gegen Berlin geführt hatte und gegen den jetzt ein Haftbefehl erlassen worden ist, bei dem bayerischen Justizminister Roth, dem bekannten deutsch-nationalen Führer, Unterschlupf gefunden habe. Eine schnelle Aufklärung dieses seltsamen Vorganges scheint uns dringend erwünscht, denn es erscheint kaum glaublich, daß ein Hochverräter, der von dem höchsten Gerichtshof des Reiches freibrieflich verfolgt wird, bei dem höchsten Justizbeamten eines Landes ein Unterkommen findet. Diese Vorgänge erscheinen besonders auffällig im Zusammenhang mit der Warnung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die heute früh veröffentlicht wurde.

Natürlich wird dieser Meldung das bekannte Dementi folgen. Aber die Arbeiterklasse kann den Wert dieser „Dementis“ zur genüge, als daß sie sich durch sie noch irreführen lassen könnte. Sie bewachen gewöhnlich gerade die Wichtigkeit der enthüllten Tatsachen.

Was die Erwähnung des Stinnesorgans „Deutsche Allgemeine Zeitung“ anbelangt, ist dessen „Warnung“ vor einem Rechtsputsch noch interessanter in seiner politischen Bedeutung. Sie wird gebracht im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Preußen und ist offenbar weniger eine

Warnung als vielmehr eine Drohung von Stinnes mit einem Putsch, wenn die Deutsche Volkspartei bei der Regierungsbildung in Preußen nicht berücksichtigt werden sollte.

Die SPD. aber spreizt sich noch in Preußen dagegen, mit der DDP. in eine Regierung einzutreten. Sie beruft sich auf ihren Parteitag in Kassel. Ein Loch zum Rückzug von dieser Linie, wenn er nötig werden sollte, hat sie sich allerdings offen gelassen, indem man die Möglichkeit einer Aenderung der Kasseler Beschlüsse durch einen neuen Parteitag in Rechnung stellt. Der „radikale“ Philipp Scheidemann äußert sich im „Kölnischen Volksblatt“ bereits folgendermaßen:

„Ich bin der Meinung, daß man, solange Koalitionsregierungen in Betracht kommen, eine solche nur auf Grund eines bestimmten Mindestprogramms bilden kann, daß also das Programm das entscheidende ist, nicht aber die Frage nach dem Namen der Parteien. Die Erfahrung hat bereits gelehrt, daß in einem Landtag die SPD. mit der DDP. eine Regierung gebildet hat.“

Er lehnt es also nicht grundsätzlich ab, mit der Stinnespartei in eine Regierung zu gehen und führt auch schon einen Fall an, in dem es geschehen ist. Er fordert nur von der D. P., daß sie sich auf den Boden der republikanischen Verfassung stelle (ein billiges Verlangen) und ein gemeinsames Regierungsprogramm. Das ist nicht schwer, denn die Erfahrung hat bewiesen, daß sich die SPD.-Führer bei Regierungsprogrammen mit bürgerlichen Parteien stets mit ein paar hohlen Phrasen begnügt hat.

Scheidemanns Haltung beweist, daß, mag es zu einer preussischen Regierung von Stinnes bis Scheidemann kommen oder nicht, daß die SPD.-Führer grundsätzlich zu einem Verrat der Arbeiterinteressen als Minister an die Stinnesleute noch immer, trotz allen radikalen Gelächers als Oppositionspartei, bereit sind.

## Klassenjustiz.

Die Geschichte von der viehischen Mordtat der Marburger Studenten in Wehrstedt, Thüringen ist noch in aller Erinnerung. Sie geschah in den Tagen, als die Regierung durch ihren Vertreter in Bielefeld, den jetzigen preussischen Polizeiminister Severing, die Entwaffnung der Freikorps, Bekämpfung der Kappisten und Amnestierung aller an der Abwehraktion beteiligten Arbeiter feierlich zusagte, diese Zusage am 28. März in Münster wiederholen ließ. Unberührt von der Empörung über das feige und brutale Werk der Studenten flochten ihnen die Herren Professoren Ruhmestränze, das Kriegsgericht ehrte die Mörder durch einen Freispruch. Ein Schwurgericht bestätigte ihn. Mehrere der beteiligten Studenten hatten als Zeugen die Unschuld der Angeklagten beschworen.

Die deutsch-nationale Presse stempelte die Mordstudenten zu Nationalheiligen. Herr Kultusminister Häufel machte vor ihnen Referenz. Man forderte von ihm eine ausdrückliche Ehrenerklärung.

Nun wandelt sich die Szene! Gegen einen der Freigesprochenen, den ehemaligen Freikorpsoffizier Goebel und zwei Zeugen, die Studenten Götz und Jonas, wird ein Prozeß wegen Mißhandlung angehängt, einer der Mißhandelten, Arbeiter Day, tritt als Nebenkläger auf. Vor der Strafkammer in Kassel wurde am 21. Februar in der Sache verhandelt.

Eine Reihe Zeugen bekundet, daß Goebel einen Transport mit den Worten empfangen habe: „Ihr Spartakistenhunde, euch werde ich behandeln, wie mich die Spartakisten in Halle behandelt haben.“ — 1918 will er von Spartakisten verlegt worden sein. Dann mußten die Gefangenen Straßperzieren, Lausmärsche machen; sie wurden geschlagen mit Fäusten und Gewehrkolben. Brot wurde ihnen fortgenommen, zertreten. Es war kalt, man nahm ihnen die Decken weg. Goebel, der Hauptheld, hat auch eine Frau wüst beschimpft, mit dem Gewehrkolben bedroht. Ein ganzer Drupp beteiligte sich an den Quälereien. Auch die beiden anderen Angeklagten waren dabei.

Fast mehr noch als durch die Belastungszeugen werden die Selben noch durch die Entlastungszeugen belastet. Es waren auch Studenten, auch Führer des Freikorps. Von eigentlichen „Mißhandlungen“ wollen sie nichts gesehen haben, aber Goebels Verhalten fanden sie schändlich, roh. Er sei erregt, gereizt gewesen, habe einen roten Kapp gehabt. Ein Führer hielt es gar für notwendig, seinen Leuten zu sagen, das, was Goebel treibe, dürfe in seiner Kompanie nicht vorkommen. Wie arg muß es dann gewesen sein!

Das Gericht, Vorsitzender und Staatsanwalt, erwecken den Eindruck, als ob sie die Angeklagten zu retten als ihre Aufgabe betrachten. Durch Fragen holen sie von den Entlastungszeugen milde Urteile heraus. Der Vorsitzende meint: Das Perzieren sollte die Leute vielleicht nur warm machen. Reue der Gefangenen habe wahrscheinlich Herrn Goebel gereizt; er habe seine Autorität verteidigt. — Die erörterten Mißhandlungen waren ein Zwischenpiel in dem Niederknallen der anderen. Dem Tode „auf der Flucht“ waren alle geweiht, die man den Studenten als Mitglieder der „Roten Armee“ denunziert hatte.

Ein Ketten der Angeklagten war nicht möglich; der Tatbestand gemeiner Roheit läßt sich nicht verwischen. Der Staatsanwalt gibt das zu, er sucht juristisch nach mildernden Umständen, zieht den Paragraphen über Liqualerei heran, der für das Delikt der gemeinen Gefinnung weiten Spielraum für Berneinung läßt; er findet trotzdem, daß das Amnestiegesetz keine Anwendung finden könne. Er ist aber mild, beantragt gegen Goebel einen Monat Gefängnis. Die Schuld der anderen Angeklagten sei nicht positiv erwiesen. Wären sie schuldig, hätten sie auch einen Reineid geschworen. Er beantragt gegen Jonas und Götz Freisprechung.

Dr. Diebkuhcht kennzeichnet die gemeine Gefinnung Goebels. Gemein und feig sei er, eine Nacht gegen Gefangene zu benutzen, um sich wegen einer weit zurückliegenden Unbill, die mit dieser Angelegenheit in keiner Verbindung stand, in so blutig roher Weise zu rächen. Sämtliche Angeklagte müßten exemplarisch bestraft werden.

Der Verteidiger der Angeklagten plädiert auf Amnestierung. Das Gericht folgt diesem Antrage, das Verfahren wird eingestellt.

Mörder, Blutmenschen, feige Schänder und Reineidige aus Kassel!

In dem gleichen Gebäude wird vor dem Außerordentlichen Gericht gegen die sagenhafte „Rote Armee“ verhandelt; 7 Kommunisten sind angeklagt, die Verordnung des Reichs-

## An die Kommunistische Partei Italiens.

An die Genossen Bombacci, Bordiga, Ceracini u. a.

Werte Genossen! Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale drückt Euch seine volle Solidarität aus und sendet Euch brüderliche Grüße. Eure Partei ist die einzige Sektion der Kommunistischen Internationale in Italien. Wir sind jetzt überzeugt, daß mit jedem Tage mehr bewußte Arbeiter Eures Landes auf Eurer Seite übergehen werden. Der Bund Serratis mit seiner Gruppe mit der Fraktion der Reformisten, die wissenschaftliche Gegner der proletarischen Revolution sind, wird allen und jedem zeigen, daß die italienische Fraktion der Unitaristen des Zentrums den bürgerlich-reformistischen Elementen näher steht, als den proletarischen Kommunisten. Die ganze Kommunistische Internationale wird hieraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Seid klughaft, Genossen, jetzt, wo sich alle Kräfte der Bourgeoisie mit ihren zahlreichen und verschiedenartigen Agenten gegen Eure Partei rufen. Die kommunistisch gesinnten Arbeiter der ganzen Welt sind mit Euch. Die Zukunft gehört Euch und nicht jenen, die sich in dieser oder jener Form vermittels der Reformisten mit der Bourgeoisie ausöhnen wollen.

Es lebe die Kommunistische Partei Italiens!

Es lebe das italienische Proletariat!

Das Exekutivkomitee

der Kommunistischen Internationale.

Vorsitzender S. Sinowjew.

Rußland: Lenin, Trozki, Bucharin, Radek.

Frankreich: Rosmer. Holland: Janßen. Ungarn: Zeia

Kun, Rudnjensky, Darga. Grußen: Schakaja. Eng-

land: Quelch. Bulgarien: Schablin. Amerika: Hurwig.

Oesterreich: Steinhardt. Persien: Sultan Sade. Finn-

land: Kanner. Lettland: Stutiska. Internationaler

Jugendverband: Schakkin.

## Anstieg der Erwerbslosenziffern.

10 Prozent der Gesamtbevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen.

WZB. meldet unterm 22. Februar: „Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Arbeitslosigkeit im Monat Januar eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zur Zeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verziert beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder zu einem weentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.“

## Einigung im rheinisch-westfälischen Straßenbahnerstreik.

Am Dienstag haben wieder Verhandlungen stattgefunden, die nach mehrstündiger Aussprache zur Einigung auf folgender Grundlage führten:

Die im Schiedspruch vom 17. Januar festgesetzten Löhne gelten für verheiratete Arbeitnehmer. In diesen Löhnen einbegriffen ist ein Hausstandsgeld von 1,70 Mk. für Schwäger- und Wagensführer und von 25 Pfg. für die Stunde für Werkstättenarbeiter; außerdem sind Aufzählungsfristen für zwei Einzustellende von zwei auf drei Monate und von sechs auf zwölf Monate festgesetzt. Das jetzt in den Betrieben befindliche Personal rückt nach den bisherigen Fristen auf. Noch liegt das Abstimmungsresultat der Straßenbahner nicht vor, aber es scheint die Beendigung des Streiks sicher zu sein.

3-301

präsidenten vom 30. Mai 1920 verlegt zu haben. Hier ein anderes Bild. Gericht und Staatsanwalt verhalten sich als setzen die Angeklagten schon verurteilt. Man hat den Eindruck: es wird nur noch die Begründung für ein bereits fertiges Urteil gesucht. Aus den Akten ist Material verschwunden, das die Angeklagten entlasten könnte, das die Ortschaft, Reichswehr und den Jungdeutschlandbund belastet, das der deutschnationale, monarchistische Staatsanwalt sehr nachsichtig ist. Alle Rechtsmittlungsorganisationen bezeichnet er als harmlos, belastendes Material als gefälscht. Gegen Beweisführung erhebt er Widerspruch. Er selbst hat Material zu den Prozessen gegeben, das nicht zur Kenntnis der Verteidigung gelangen sollte, ein Verlesen des Materials will er verhindern. Das gestohlene Material ermöglicht es der Ortschaft, sich rechtzeitig sauber zu machen. Gegen die ihm bekannten Führer militärischer Organisationen schreitet der Staatsanwalt nicht ein. Die Staatsanwaltschaft ist die objektive Behörde.

Im sogenannten Münchener Geiselmordprozess beugt der Vorsitzende offensichtlich das formale Recht. Er fälscht Zeugenaussagen. Die Anwälte beschließen, keine Fragen mehr zu stellen. Der Vorsitzende verhört gegen die Reichsverfassung durch Verhängen einer Disziplinarstrafe gegen einen Zeugen, der den kirchlichen Eid verweigert, einen anderen Eid leisten will. Dem Vorsitzenden wird die Bestimmung der Verfassung vorgelesen. Er bestraft trotzdem. Die Angeklagten haben keine Geiseln, sondern Espione erschossen; sie handelten auf Befehl. Trotzdem, sie werden zum Tode verurteilt, erschossen.

Marloh wird freigesprochen, weil er der Ansicht sein konnte, auf Befehl zu handeln, als er 28 Matrosen erschießen ließ.

Dem im sogenannten Geiselmord verurteilten Zeugen ist jetzt die Strafe erlassen worden, weil das Urteil die Reichsverfassung verletze. — Klassenjustiz!

## Politische Uebersicht. Lebenseinstellung zu Regierungsbildungen.

In Preußen bemühen sich die Parteien eine Regierung zusammenzubringen, die stark genug ist, der fortschreitenden Revolution ein Ende zu machen. Es werden die verschiedensten Koalitionen erwogen. Seit Dienstag wird gerechnet, erwogen und gehandelt nach allen Seiten. Den mit dem drei Jahre verletzten Motto „Mit Gott für König und Vaterland“ in den Wahlkampf gezogenen Antirevolutionären ist die große Zahl der sozialdemokratischen Stimmen und Mandaten im Wege, die beabsichtigte „ganze Arbeit“ zu machen und es fehlt ihnen trotzdem der Mut, die zum Wahlkampf ausgegebene Parole: „Gegen die Mißwirtschaft der Sozialdemokraten“ wirksam werden zu lassen.

Das preussische Staatsministerium wird sich Donnerstag nachmittag mit der Frage beschäftigen, es scheint also eine neue Koalition hinter den Kulissen zusammengehoben worden sein. Man wird also voranschreiten bald näheres dazu hören.

Inzwischen ist auch in Thüringen eine Regierungskrise entstanden. Die Rechtsparteien wollen den preussischen Freiherrn von Brandenstein ein für allemal aus dem Ministerium entfernt wissen! Sie haben ihm gesagt, daß sie ihm kein Vertrauen entgegenbringen und haben dem Ministerium verständigt, daß sie ihm keinen Etat bewilligen wollen. Die Abstimmungen wurden ausgesetzt und nun luhndeln in Thüringen wie in Preußen die Parteien!

Außerdem beginnt es auch in Sachsen zu trüblich. Der Landtag hat am Dienstag schon einen Antrag der Regierung 360 Millionen Mark für notwendige Kredite zu bewilligen, abgelehnt. Bewilligt wurden nur 250 Millionen. Dieser Vorstoß der Bürgerlichen richtet sich gegen den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge.

Um nun den Antrag der kommunistischen Partei, den beide sozialdemokratische Parteien unterstützen, auf das Reich einzurufen, daß der Religionsunterricht aus der Volksschule entfernt werde, nicht ebenfalls von den anwesenden 44 bürgerlichen Abgeordneten ablehnen zu lassen, abgelehnt die 43 sozialistischen und führten durch Verlassen des Saales die Beschlußunfähigkeit herbei.

Es ist ganz gut möglich, daß dieser Konflikt sich auch zu einer Regierungskrise auswächst.

### Vergebliche Trostversuche.

Die „Freiheit“ veröffentlicht „Brennpunkte“ zum Wahlaustritt, in denen die zum größten Teil nach dem Parteitag von Halle der Mehrheit der Partei gefolgt sind und jetzt unerschütterlich geleiteten Provinzorgane der U.S.P. ihren schmerzlichen bitteren Gesang zum allgemeinen Parteiklagenlied machen. Ueberall wird das Stichwort der „Freiheit“ aufgenommen und behauptet, der „Rückschlag“ läge daran, daß man Prüfe und Organisation verlassen habe. Wir haben die Verlogenheit dieser Äußerung bereits gebührend getadelt. Damit aber auch der Hamar, der der Berliner „Freiheit“ in so bedauerlicher Weise abhandeln gekommen ist, nach kein Recht erhält, zuziehen wir die immerhin originelle Erklärung, die die Königsberger „Freiheit“ der unabhingigen Niederlage gibt. Dieses ebenfalls nach dem Parteitag veröffentlichte gestohlene Blatt sagt:

Wir haben wie das Wahlrecht, so wie unsere Partei betritt, so in dem zu beachten, daß einmal ein außerordentlich harter Ausbruch ungezügelter, reformistischer eingestellter Massen zur U.S.P. erfolgt war, die nach dem schließlichen Abbruch der Rechtssozialisten und bürgerliche Sozialisten ihr Teil in einer „radikalen“ Partei glaubten finden zu müssen. Da ihnen die sozialistisch-politischen Zusammenhänge ein Buch mit sieben Siegeln sind, konnte es, weil es unserer Partei in der kurzen Zeit nicht möglich war, für die nötige Aufklärung zu sorgen, nicht ausbleiben, daß diese Massen weiter nach

links, zu der „radikalen“ kommunistischen Partei abwichen, die mit allen Mitteln den Proletariats einen sofort möglichen Umschwung der Dinge vorkauften.

Die Rechtssozialisten werden sich darüber freuen, daß hier ein Blatt der U.S.P. ihre Prophezeiungen vom 6. Juni nachträglich so glänzend rechtfertigt. Also die Massen sind „reformistisch“ eingestellt und deshalb sind sie jetzt zu den Kommunisten gelaufen. Wenn Crispian noch ein paar Sonntagspredigten mehr über die „ökonomisch-politischen Zusammenhänge“ hätte halten können, dann wären sie sicher aufgeklärt worden und hätten nicht die reformistische Auffassung der Kommunisten über die Vorbereitung der sofortigen Revolution angenommen. Einen Trost muß der Mensch haben.

Und doch wird aller Trost verlagen, wenn die Unabhängigen nun an Hand der genauen Wahlslisten ihren ganzen Zusammenbruch überblicken. Der „Vorwärts“ verhilft ihnen dazu mit einer zahlenmäßigen Betrachtung, aus der sich tatsächlich ergibt, daß die Unabhängigen zu einer Berliner Lokalpartei geworden sind. Ihre Ergebnisse in Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen sind nur lässliche Reste vergangener Größe, denn dort waren einst die Hochburgen der U.S.P., dort waren die Arbeitermassen, die den vorwärtstreibenden Teil der Partei bildeten, und gerade dort hat jetzt die U.S.P. am besten abgeschrieben. Während unser Weg aufwärts führt, sind die Unabhängigen auf dem absteigenden Ast. Der „Vorwärts“ hat recht, wenn er zum Schluss schreibt:

Sie diese Zahlen lehren, daß die U.S.P. als eine Massenpartei nicht mehr betrachtet werden kann und um als Seite noch Bedeutung zu haben, dazu fehlt der U.S.P. wiederum die geistige Grundlage, das sozialistische Programm. Denn der — nunmehr gescheiterte — Versuch, sich mit radikalen Kräften zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus durchzusetzen, entbehrt auch der bescheidensten gedanklichen Stütze.

### Wirkungen des Frauenwahlrechts.

In Hagen i. W. ist bei der Wahl von männlichen und weiblichen Wählern getrennt abgestimmt worden. Es wurden insgesamt 21803 männliche und 20291 weibliche Stimmen abgegeben, die sich folgendermaßen verteilten:

	männliche	weibliche
SPD . . . . .	2968	1815
U.S.P. . . . .	3816	2559
SPD . . . . .	2795	1827
Dem. . . . .	3276	2892
Zentr. . . . .	3914	3250
D. Sp. . . . .	3425	4043
Deutschnat. . . . .	1609	1905

Es bestätigt sich also wiederum, und vielleicht noch ausgeprägter als bei den vorigen Wahlen, daß das Frauenwahlrecht die reaktionären Parteien stärkt, d. h. gerade diejenigen, die sich am heftigsten gegen seine Einführung gekämpft haben. Die Wirkungen der jahrtausendalten Knechtschaft des Weibes sind heute Hilfsmittel des bürgerlich-parlamentarischen Staates. Es ist bezeichnend, daß wir Kommunisten den niedrigsten Prozentsatz an Frauenstimmen aufzuweisen haben. Die Frage gegen was hat gerade bei den Frauen mehr Wirkung gehabt als bei den Männern.

In Hessen-Kassau ist unter Genosse Georg Schubert-Frankfurt a. Main, Metallarbeiter, in den Landtag gewählt worden.

### Die bayrische Justiz rüstet zum letzten Schlag.

Neue Schamlosigkeit aus Niederschönenfeld. Der „starke Mann“ tritt wieder auf.

Am 31. Januar 1921 hat man den Festungsgefangenen in Niederschönenfeld offiziell mitgeteilt, daß laut Justiz-Ministerial-Erlasses Amtsrichter Dr. Bollmann Leiter der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld wird. Da sich also der Oberregierungsrat Schröder als nicht „scharf“ genug gezeigt hat — nannte er doch einem Untergebenen gegenüber die standesmäßige Äußerung vom 4. Januar eine Dummheit des Oberstaatsanwaltes Menzel — holte man den früheren Vorstand der Festungshaftanstalt wieder zurück, nachdem man ihn kurze Zeit zuvor fortgesetzt hatte, weil er seine Unfähigkeit, mit politischen Gefangenen umzugehen, über das „erlaubte“ Maß hinaus bewiesen hatte. Bollmann, der unter seinen Amtsbrüdern als „Streber“ überliefert wurde, ist und allgemein der „Schwafel“ genannt wird, mußte bereits im Frühjahr 1920 infolge seiner jämmerlichen Haltung im Prozeß des Genossen Rühmann gegen Müller-Meinungen seinen damaligen Posten als Leiter der Festungshaftanstalt verlassen. In Niederschönenfeld suchte er sich daraufhin die Sporen zu verdienen, indem er weit über das Maß der Müller-Meinungen seinen Kampfdramenparagrafen hinaus mit oft geradezu an Seidemann grenzenden Schreien die Festungsgefangenen laubelt und zu reizen suchte. Einem Mann mit einem solchen Befähigungsnachweis braucht man jetzt, nachdem die Besonnenheit der Gefangenen den letzten Provokationsversuch ohne den gewünschten bzw. befohlenen Erfolg veranlaßt hat. Die Mitteilungen von Leuten, die von Änderungen der Expo in die Anstalt ebenso überrascht waren wie die Festungsgefangenen, beweisen, wie sehr man sich allenthalben über das rasige Verhalten und die Solidität der Festungsgefangenen wunderte. Hat man doch die berechtigte Entrüstung in Presse und Parlament über die unzulässigen Absichten der weißen bayrischen Justiz gegen die politischen Gefangenen als Vorwand benutzt, um über Niederschönenfeld ein allgemeines Beschickverbot zu verhängen, weil angeblich durch Besucher die Nachrichten über den ungesetzlichen Ueberfall in die Festungsdienste gelangen sein sollen.

Ist es schon an und für sich sehr merkwürdig, daß man die Vorgänge in der Festung sorgsam geheim zu halten wünscht, so läßt diese, übrigens mit dem Gesetz in Widerspruch stehende, Verfügung keinen Zweifel über die Absichten, die man mit dem politischen Gefangenen hatte. Anstatt was uns zweifellos, daß der Besonderezustand verschärft, das und Gesetz, sowie Reichsverfassung angeht, gestellt werden. Ferner wurde von „oben“ auf Grund der

Interpellation in Land- und Reichstag Anordnung zu rigorosesten Palastkontrollen gegeben. Alles was vollkommen gestützt, sogar Konkurrenten wurden geöffnet! Die Genossen sollen eben um jeden Preis provoziert werden. Geißt es doch in der famosen „Verfügung“ des Oberstaatsanwaltes Menzel: „Im Falle des Ungehorsams und Widersehllichkeit wird rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Täusche sich keiner über den Ernst der Strafvollstreckung.“

Bemerkenswert ist, daß die grausame Behandlung, die allen Festungsgefangenen zuteil wird, den Unabhängigen nicht verschont. Man ersieht daraus, daß unsere herrschende Klasse der U.S.P. sehr dankbar ist für ihre „revolutionäre“ Tätigkeit.

### Tragisches Geschick bayrischer Schutzhaftlinge.

Gelegentlich der Reichstagsdebatte wegen der Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes wurde auch das „schreckliche“ Verhalten der bayrischen Erziehungsgesellschaft, die ihr unbehaglichen Leute ohne Grund in Schutzhaft zu sperren, gebührend gekennzeichnet. Bayern hat sich nicht veranlaßt gefühlt, die Schutzhaftlinge zu entlassen.

Am 5. Februar sind nun aus der Strafanstalt Günzburg a. d. Donau drei Mann entsprungen, u. a. der Genosse Oswald Oehl-Düsseldorf. Leider sind die beiden anderen, Diemer und Gröber, am folgenden Tage wieder ergriffen worden, und, wie wir hören, soll auch ein Arbeiter, der diesen Flüchtlingen, ohne zu wissen wer sie sind, auf Befragen den Weg zeigte, inhaftiert worden sein.

Der Genosse Oehl ist in Sicherheit. Wie lange darf die bayrische Rapp-Rahr-Orgeß-Regierung noch willkürlich Menschen der Freiheit berauben?

### Die Erwerbstätigen für die Erwerbslosen.

Die Erwerbstätigen der Stadt Oshersleben (Sachsen) nahmen in einer überaus stark besuchten Versammlung am 19. Februar zur Frage der Erwerbslosen und Kurzarbeiter Stellung. Die Versammlung war von Anhängern aller Parteien besucht und nahm nach dem Referat des Genossen Salzwann folgende Resolution einstimmig an:

Die am heutigen Tage versammelten Erwerbstätigen von Oshersleben fordern von den Vorständen aller Gewerkschaften und allen politischen Arbeiterparteien, an die Reichsregierung und an die Parlamente folgende Anträge zu stellen und ihre Vertreter anzuweisen, energisch hierfür einzutreten.

- Die Versammelten fordern:
1. Bezahlung des Existenzminimums an alle Kurzarbeiter sowie alle Arbeitslose,
  2. Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß,
  3. Umstellung der Luxusindustrie in die Bedarfswirtschaft,
  4. Abschaffung des 10prozentigen Steuerabzuges, Beschlagnahme der großen Vermögen und restlose Einziehung der Besitzsteuern.

### Die „Rote Armee“

#### vor dem Außerordentlichen Gericht.

Kassel, den 23. Februar 1921. Der oft genannte, als Spitzel verdächtige Aufberstraße sollte als Zeuge erscheinen. Er war aber seit Tagen nicht in seiner Wohnung in Eimen. Er wird in Strafe genommen und soll erneut geladen werden. — Der erste Zeuge, Kriminalkommissar Dittla-Essen, der bei Schroer beschlagnahmt hat, kann nichts sagen über das Verschwinden von Süden aus dem Material und das Fincinlegen einer Liste von angeblichen Todeslanddaten.

Der Angeklagte Klingmüller machte folgende Angaben: Vorläufer der jetzigen Organisation waren Wanderklubs, die gegründet wurden auf Veranlassung der Vereinigten Betriebsräte-Zentrale. Die Klubs organisierten sich nach Parteigruppen: Ich war in der U.S.P. Versuche von Spitzeln, Patente anzusetzen, wurden bekämpft. Die Klubs zerfielen. Die vielen Meldungen über Vorbereitungen der Orgeß veranlaßten die Vorbereitungen zu einer

#### Abwehrorganisation.

Ich habe darin nur den Nachrichtenendienst übernommen. Mit der Partei — U.S.P. noch R.P.D. — hatte die Organisation nichts zu tun. Sie hat zwar militärischen Charakter, verhielt jedoch nicht gegen die Verordnung des Reichspräsidenten. Für die zu erwartende Abwehraktion waren auch wirtschaftliche und politische Maßnahmen vorgesehen. — Es wird eine Menge Material verlesen, auch eine Art Arbeitsplan mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Anordnungen. Dr. Wolf legt ein Schriftstück vor, das ihm als Orgeßmaterial zugestellt worden ist. — Eine Vergleichung ergibt eine wörtliche Übereinstimmung. Danach sind die bei Klingmüller gefundenen Richtlinien dem Plan der Orgeß-Arbeitsorganisation nachgebildet worden. Der Staatsanwalt macht die gewöhnliche Bemerkung, sobald ihm nicht passendes Material zum Vorschein kommt: wertlos, wir kennen nicht die Herkunft. Es kommt zu einem kleinen Zwischenstück. Es werden Umstände verlesen. Bei einem Namen sagt Dr. Wolf:

Den halte ich für einen Spitzel.

Der Herr Staatsanwalt kann vielleicht Auskunft geben. Dr. Meyer wird sehr rot, setzt sich, sagt wieder: Nein! dann leise hinterher: Es scheint ein Befehl von mir. — In einer Zwischenrede zwischen Staatsanwalt und Verteidiger gibt das verschwundene Orgeßmaterial Anlaß. Der Staatsanwalt sagt, auch Frau Klingmüller festnehmen lassen zu wollen. Sie hat Dr. Wolf von der Beschlagnahme des Orgeßmaterials Kenntnis gegeben. Dr. Wolf bezieht den einzigen Befehl der objektiven Behörde, daß er schon wieder mal in Frankfurt sei, daß Frau Klingmüller von ihrem Mann, der Antrag erhalten hatte, auf die Gruppe mit Orgeßmaterial zu gehen.

Als Frau Klingmüller ihm Mitteilung von der Beschlagnahme machte, habe er sich gesagt:

Das Material wird verschwinden.

Als im zum Regierungspräsidenten gefahren, ersuchte ihn dringend das Material zu sichern, es enthält nicht nur eigentliches Orgeschmaterial, sondern auch Nachweise über eine Verbindung des Wehrkommandos Münster mit der Stps und die Orgeschprozed.

Aufnahme eines neuen Krieges

gegen Frankreich. Das Material fehlt bei den Projektierten; es muß festgestellt werden, wo es geblieben ist. Endlos lange werden Quittungen und andere Schriftstücke, Sammlungen, Auftritte usw. verlesen. Sammlungen für Unterstützungsfonds, Marken für die Käsezentrale, alles wird durcheinander geworfen und dient als Beweis für das Bestehen der sogenannten „Roten Armee“.

## Menschewistentongress in Wien.

Unser Wiener Mitarbeiter berichtet uns unterm 23. Februar 6 Uhr abends:

Am Schlusse der gestrigen Tagung erklärte Martow einigen Delegierten: Wir haben es erreicht, daß das europäische Proletariat den Bolschewiki den Rücken wendet. Lenin wird verstehen, daß wir nicht kapitulieren wollen. Die Herren der Wiener Konferenz scheuen sich noch, in öffentlichen Sitzungen so frank und frei zu reden, wie es Martow in Privatgesprächen tut.

Heute begann die Diskussion über „Imperialismus und soziale Revolution“. Der Referent Wahlhead (England) hielt einen Vortrag über die Entwicklung des englischen Imperialismus, wie es jeder Geschichtsprofessor getan hätte. Ueber die brennendsten Fragen des Kampfes gegen den englischen Imperialismus, über den gigantischen Kampf des Orients sagte er kein Wort. Am Schlusse endete er mit der üblichen Aufforderung an das Proletariat, sich im Zeichen des Opportunismus zu vereinigen. Das Referat bewirkte große Verlegenheit. Crispian und Renaudel fanden es für gefährlich, in aller Offenheit Probleme des Imperialismus zu behandeln und schlugen Generaldebatten in Kommissionen vor.

Die Debatte wurde vertagt und der Bericht der Mandatsprüfungskommission angehört. Die Arbeiten der Mandatsprüfungskommission stießen auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Partei der bulgarischen Sozialpatrioten wurde noch nicht zugelassen, die legale ungarische Sozialdemokratie wurde auch nicht anerkannt. Als alleiniger Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie wurde Herr Kunzi proklamiert. Von den ungarischen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei sind Fahrer und Mayer vertreten. Fahrer und Mayer wurden vor zwei Wochen als Polizeispitzel entlarvt. Sie behaupten das ungarische Proletariat der Tschechoslowakei zu vertreten, haben aber nur hinter sich eine Gruppe der Schornsteinfeger in Preßburg. Die Schweizer Sozialdemokraten gaben eine Erklärung gegen die Anwesenheit Renaudels und anderer Hosskieranten des französischen Nationalismus ab. Nach den abgegebenen Erklärungen beruhigten sich die Schweizer Revolutionäre. Die amerikanische Partei sandte einen großen Brief an die Konferenz und motivierte ihre Anwesenheit durch die schwankende Haltung ihrer Partei. Die Konferenz entdeckte eine marxistische Gruppe in Griechenland, die ein Begrüßungsschreiben grüßte. Das ist das erste Mal, daß man in der Welt von dieser Gruppe hört.

Friedrich Adler hielt eine große Wenn- und Aberrede über die Internationale. Er sagte, ein Teil des Proletariats glaube an einen neuen Bazillismus, ein anderer fröne der Gewalttheorie. Er bestreite, daß der Weltkrieg, so wie es die Bolschewiken darstellen, die beste Voraussetzung der Weltrevolution sei. Adler vergißt aber, daß die Bolschewiki nicht behauptet haben, daß der Weltkrieg die beste Voraussetzung der Weltrevolution sei, die Kommunisten behaupten nur, daß wir nach dem Weltkrieg keine andere Wahl als die Weltrevolution haben. Adler ist so gnädig uns zuzugeben, daß es sehr traurig wäre, wenn die Sowjetmacht gestürzt würde. Er begnügt sich damit, diese Tatsache zu konstatieren und gründet eine Internationale gegen Sowjetrußland. Ueber die Frage der Diktatur oder Demokratie erklärt Adler, sich nicht mit Bestimmtheit festlegen zu wollen, da alles von den gegebenen Machtverhältnissen abhängt. Adler erklärt, daß unzählige Möglichkeiten existieren, so daß man sich nicht auf ein Schlagwort für gebunden erachten muß. Wir in Oesterreich, sagt der Redner, haben den Boden der Demokratie nicht verlassen. Er erklärt, daß die Arbeiterklasse Oesterreichs den Verlockungen der Wächtergreifung standgehalten hat. Aber trotzdem müsse zwischen den Parteien, die in der Wiener Arbeitsgemeinschaft vertreten sind, ein gewisses Minimum von prinzipieller Einigkeit existieren. Adler betrachtet die kommunistische Internationale als eine feindliche Macht und so kann er sagen, daß es traurig sei, daß jede einzelne Partei nach Moskau habe wandern müssen, um zu erfahren, ob sie würdig sei, Mitglied der dritten Internationale zu werden. Man müsse, betont Adler, vor allem eine Verbindung zwecks Austausch der Informationen zwischen den einzelnen Genossenschaftlichen schaffen, denn die Welt werde mit Lügennachrichten aus dem Westen und aus dem Osten bombardiert. Also wir werden Herrn Adler sehen, wie er die ewige Wahrheit im Weltgetriebe suchen wird und wie er die Hülfen aus dem Osten als Lügen bezeichnet. Adler betont, daß man vor der Hand mit der zweiten Internationale nicht verhandeln könne, da erst die große Auseinandersetzung zwischen Moskau und Wien beginne. Erst nachher könne man mit den Parteien der zweiten Internationale verhandeln. Dann hält Adler eine große Hymne der österreichischen Sozialdemokratie und schildert in hellen Farben den Arbeiterat Deutsch-Oesterreichs. Dieser Lobgesang wird sogar dem Unabhängigen Dikmann zu dummen und er fragt Adler: „Welche Funktionen hat beim der Arbeiterat?“ Adler

weiß nichts anderes zu antworten, als Dikmann auf die darüber erschienene Literatur zu verweisen. Am Schlusse sagt der Redner, daß die Internationale ein Problem der Gebuld sei. — Herr Adler hat Gebuld; ob über die Massen sich mit dieser Charakterisierung der Internationale als eines Gebuldproblems zufrieden geben werden, ist eine andere Sache.

Nach der Rede Adlers wurde die Diskussion vertagt, da man vor der Öffentlichkeit als Ganzes erscheinen will und alle Debatten in den Kommissionssitzungen abhält.

## Ausland.

### Neue Generalstreikdrohung der polnischen Eisenbahner.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Eisenbahnerverband ist in eine Lohnbewegung eingetreten und hat sein Generalstreikultimatum bis zum 7. März befristet. Darauf hat die Regierung alle Eisenbahnen den Militärbehörden unterstellt. Auch die landwirtschaftliche Arbeiterschaft droht mit dem Generalstreik vom 14. März ab, falls ihr nicht bedeutende Lohnerhöhungen zugebilligt werden.

### Der „Ueberfall“ auf Georgien.

Die Streitigkeiten zwischen Sowjet-Aserbeidschan und Sowjetarmenien einerseits und dem Menschewistenstaat Georgien andererseits haben zu kriegerischen Verwicklungen geführt, bei denen die Sowjetregierung ihre Vermittlung angeboten hat. Das Volksbüro meldet darüber aus Moskau: Der russische Vertreter in Georgien hat Anweisung erhalten, die guten Dienste Rußlands zur Vermittlung in den Streitigkeiten mit Armenien und Aserbeidschan anzubieten. In der betreffenden Instruktion heißt es:

Laut Erklärung der Regierung von Georgien kämpften reguläre armenische und auch Truppenteile von Aserbeidschan mit. Uns wurde mitgeteilt, daß die Regierung Georgiens die Missionen von Armenien und Aserbeidschan in Tiflis verhaftet habe. Der russische bevollmächtigte Vertreter in Tiflis Scheimann erklärte sich bereit, persönlich mit einem Vertreter der Regierung in Georgien in das aufständische Gebiet zu fahren, um den Konflikt mit den Aufständischen beizulegen. Die Regierung von Georgien hat diesen Vorschlag zurückgewiesen. Nichtsdestoweniger hegt die russische Regierung noch die Hoffnung, durch Verhandlungen aller am Konflikt Beteiligten eine friedliche Lösung herbeizuführen. Zu diesem Zwecke bietet sie ihre Dienste sowohl der Regierung von Georgien, als auch den Regierungen von Armenien und Aserbeidschan an, und wenn die interessierten Parteien sich damit einverstanden erklären, ist sie bereit, einen außerordentlichen mit weitgehenden Vollmachten ausgerüsteten Bevollmächtigten nach Tiflis zu schicken, der die Verhandlungen mit den Parteien führt, um den Konflikt zwischen ihnen beizulegen.

Die „Freiheit“ schreibt auf Grund eines Havas-telegramms über einen Einmarsch bolschewistischer Truppen in Tiflis und auf Grund einer beweglichen Klage ihrer georgischen Freunde über einen russischen Ueberfall auf Georgien. Nach der obigen Meldung aus Moskau scheint, obgleich sich die Situation noch nicht übersehen läßt, ein Ueberfall Georgiens auf Armenien und Aserbeidschan vorzuliegen. Selbst in dem Fall, daß russische rote Truppen in den Konflikt eingegriffen haben, so weiß doch jeder Arbeiter, daß die Armee der russischen Arbeiter und Bauern überall die Arbeiter und Bauern gegen ihre Unterdrücker unterstützt. Das Geschrei der „Freiheit“ über Bergewalttätigkeit wird also nicht verstanden.

Im übrigen häufen sich die sensationellen Havas-meldungen aus dem Orient derart — die armenische Sowjetregierung soll gestürzt sein —, daß der Verdacht naheliegt, sie könnten nicht den Tatsachen, sondern den Bedürfnissen der Pariser Staatsmänner auf der Orientkonferenz entsprechen.

Die georgische sogenannte Sozialistenregierung fährt fort, Alarmnachrichten auszusprechen. Nun bringt der „Vorwärts“ wieder einen Aufruf, in dem gefragt wird, ob die deutschen Arbeiter ihre Stimme gegen die fürchtbaren Verbrechen nicht erheben wollen, ob denn der Weltkrieg die Menschheit schon derartig abgestumpft habe, daß die fürchtbarsten Massenverbrechen keine Entrüstung hervorrufen usw.

Man sieht, die Verleumdung geht systematisch vor, um die Taktik der Aufstandsbewegung rund um Sowjetrußland durch die Entente zu beden. Die Ententeagenten von Kronstadt bis Sibirien sind an der Arbeit.

### Rußland und die antibolschewistische Liga.

Ein Interview mit Kerschenstjef.

(Privatelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Stockholm, 21. Februar. Kerschenstjef, der Vorsitzende der von Sowjetrußland nach Schweden gesendeten Handelsdelegation, gewährte einem Vertreter der Stockholmer Post ein Interview, in dem er einen Teil der falschen Gerüchte, die über Sowjetrußland im Umlauf sind, dementierte.

„Vor allem anderen“, sagte Kerschenstjef, „muß ich mit Dementi beginnen. Die schwedische Presse ist in den letzten Tagen mit phantastischen Meldungen über Rußland überfüllt. Es ist sehr zu bedauern, daß die Zeitungen an den falschen Gerüchten so wenig Kritik üben, indem sie sich auf gefälschte Nachrichten berufen. Vor ungefähr eineinhalb Monaten ging durch die estländische Presse das Gerücht, daß die Bolschewiken ein Attentat gegen die estländischen Minister planen. Einige Wochen später begann dieselbe Meldung in der französischen Presse aufzutreten, daß nämlich die Bolschewiken ein Attentat gegen die französischen Minister vorbereiten. In der Folge nahm diese Version immer größeren Umfang an, wodurch die Unmänglichkeit dieses Gerüchtes immer deutlicher wurde. Ich bin mir darüber erstauamt, daß unseren Feinden nichts Geschwie-eres einfallen und daß sie in bezug auf Sowjetrußland zu der hoch-

schon längst aufgegebenen Methode der Dokumentenfälschung zurückkehren.

Wir in Moskau können nur lachen, wenn wir in der bürgerlichen Presse Europas die Meldungen über Matrosenrevolten in Kronstadt, über Daternaustrände usw. lesen. Man sollte meinen, daß die westeuropäische Presse Gelegenheit genug hatte, sich durch die Berichte von Augenzeugen, die in Rußland gewesen sind, überzeugen lassen, wie falsch diese Gerüchte sind. Die ernsthafteste Presse hat schon längst aufgehört, auf die nervösen Damen zu hören, die das Plagen eines Automobilpneumatiks für ein Attentat gegen Lenin halten.

Mehrere Presseorgane wollen die gegenwärtige Diskussion in der kommunistischen Partei Rußlands ganz fälschlich als Zeichen einer Spaltung oder gar des Zerfalls der Partei hinstellen. Wer diese Behauptung aufstellt, läßt entweder bewußt oder er hat ganz einfach überhaupt keine Vorstellung von der kommunistischen Partei in Rußland. Wir sind stark genug, um uns in der Partei die aufrichtigsten und weitgehendste Diskussion über Tagesfragen gefallen zu lassen. Wir sind auch diszipliniert genug, um die Politik der Parteikonferenz zu verantworten und durchzuführen. Ich fürchte, die Sozialdemokraten werden nach dem 9. März, wenn der Parteikonferenz zusammengetreten ist, nicht wenig betroffen sein, wenn sie keineswegs einen Sarg mit einer Leiche sehen werden, sondern eine Partei, wie sie die Welt frischer, blühender und einiger noch nicht gesehen hat.“

## Internationales.

### Zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune.

An alle Parteien, an alle Organisationen, die der 3. Internationale angehören.

Genossen! Im Frühjahr des gegenwärtigen Jahres werden es 50 Jahre, daß die Pariser Kommune gegründet wurde. Ein ganzes halbes Jahrhundert ist vergangen, seit sich zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit die Pariser Arbeiter gegen die Bourgeoisie erhoben und die Macht ergriffen. Die Pariser Kommune haben eine Seite unverwundlichen Ruhmes in das goldene Buch der internationalen proletarischen Bewegung geschrieben. Die französischen Kommune waren die Vorgänger und Vorbereiter der gegenwärtigen proletarischen Revolution in Rußland und in der ganzen Welt. Dort, wo sich jetzt in Paris das Zentrum der internationalen Reaktion befindet, dort wehte vor 50 Jahren stolz die rote Fahne, für die Jehntausende ruhmreicher Pariser Proletarier ihr Leben ließen.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale fordert alle bewußten Arbeiter der ganzen Welt auf, den 50. Jahrestag der Pariser Kommune feierlich zu begehen. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale hat beschlossen, diesem Jahrestage eine besondere Nummer der Zeitschrift „Die kommunistische Internationale“ zu widmen.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale fasste ferner folgenden Beschluß: Die zur kommunistischen Partei gehörenden Arbeiter der ganzen Welt, die durch das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale vereint sind, beschließen, den französischen Kommunearden in Paris im Namen der kommunistischen Internationale ein Denkmal zu setzen. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale ergriff in dieser Angelegenheit die Initiative und bittet die kommunistischen Parteien aller Länder, zu diesem Zwecke eine Sammlung zu veranstalten und die französischen Genossen, ihm bei der Ausführung dieser Aufgabe zu helfen.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale wird abwarten, ob die gegenwärtige französische bürgerliche Regierung es wagen wird, die Arbeiterklasse daran zu hindern, denelden der Pariser Kommune ein Denkmal zu setzen.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale.

Unterschriften:

Rußland: Lenin, Trozki, Bucharin, Kadel. Frankreich: Kosmer. Holland: Janzen. Ungarn: Bela Kun, Rudnyanskij, Barga. Grusien: Schafaja. England: Dwell. Bulgarien: Schablin. Oesterreich: Steinhartl. Mexiko: Hurwig. Perrien: Sultan Sabe. Finnland: Ranner. Lettland: Stulfska. Internationaler Jugendverband: Schaplin.

## Gewerkschaftliches.

### Neuer Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an der Mansfelder Arbeiterschaft.

Die Mansfelder Arbeiterschaft hat bekanntlich durch einen wichtig durchgeführten Streik die Zurückziehung der als Bertspolizei verkleideten Orgesch aus dem Gesamtwerk der Mansfelderischen Kupferhütte bauenden Gewerkschaft durchgesetzt und die Bulogie der Direktion zur Bezahlung der entstandenen Feierschichten erreicht. Einige Tage später erschien in der Orgeschpresse und auch in der „Freiheit“ ein Aufruf, unterzeichnet von dem Vorstand des Mansfelder Gewerkschafts, der USPD. und SPD., in dem diese nachträglich an die Arbeiterschaft, die diesen Streik gegen ihren Willen durchgeführt hatte, Rache nahm. Dieser Aufruf kam in einer Sitzung vom 6. Februar im Giesleben zustande, an der auch ein Vertreter des Oberpräsidenten, der Oberbürgermeister und die beiden Landräte teilnahmen. Der Aktionsausschuß der Arbeiterschaft und die USPD. waren zur Sitzung, die hinter verschlossenen Türen stattfand, nicht eingeladen, dafür aber die Direktion der Mansfelder Untertagebergwerke hinzugezogen. (Wir haben darüber ausführlich berichtet.)

Dieser hinterhältige Verrat der SPD., USPD. und Gewerkschaftsbürokratie hat nunmehr seine Ordnung durch einen Schiedspruch erfahren, der wegen Bezahlung der Feierschichten ergangen ist. Die Orgeschzeitung Gieslebens veröffentlicht hierüber folgendes: Die Mansfelder Kupferhütte benennende Gewerkschaft hatte das Schiedsgericht gewonnen.

Dieses tagte am Donnerstag in Magdeburg und bestand aus einem Vertreter des Reichsarbeitsministers als Vorsitzenden und 6 Beisitzern, davon 3 Unternehmer- und 3 Arbeitnehmervertreter. Die letzteren waren Rosemann vom Allgemeinen Deutschen Bergarbeiterverband aus Bochum, Kaulfers, Metallarbeiterverband aus Magdeburg und Brauns, Bauarbeiterverband aus Halle a. S. Diese Kommission kam zu folgendem Ergebnis: Die Einführung eines Ueberwachungs-systems war mit Rücksicht auf die zahlreichen Mängel gerechtfertigt. Die Belegschaft hatte kein gesetzliches Recht zur Forderung des Lohnausfalls. Das Zahlungsvorsprechen des Direktors Ludwig ist durch Drohung erpresst worden, abgesehen davon, daß zu einem solchen Versprechen die Zustimmung des Generaldirektors erforderlich gewesen wäre.

Die Kommission ist ferner einstimmig der Auffassung, daß eine Beilegung der Differenzen ohne Streik möglich gewesen wäre. Die Vertreter der Arbeitnehmer empfehlen der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft aus Billigkeitsgründen die Hälfte des entstandenen Lohnausfalls zu ersetzen.

Die Direktion pfiff auf alle „Billigkeitsgründe“ und be- eilte sich, die Schlüssel des arbeitsgem. inschäftlichen Schlichtungsausschusses zu verwerten. Sie gab ihrem Gesamtbetriebs- rat eine Erklärung ab, daß nach dem einstimmigen Beschluß des Schlichtungsausschusses eine Zahlungsverpflichtung für sie nicht besteht. Sie sieht sich außerstande, die Anregung der 50 prozentigen Bezahlung zu befolgen.

Das Verhalten der Gewerkschaftsvertreter im Schlichtungs- ausschuss ist nur die Vollenbung des Verrats der Gewerkschaftsbürokratie, der SPD. und USPD. im Streik der Mansfelder Arbeiterschaft. Der Arbeiterschaft wird auch durch diesen Schiedsspruch klar dokumentiert, daß die arbeits- gemeinschaftliche Praxis der Schlichtungsausschüsse stets die Unternehmerrückwärts und die hinterhältige Taktik der Gewerkschaftsbürokratie deckt. Unternehmertum, Schlichtungsaus- schuss und Gewerkschaftsbürokratie in einer Front gegen die um ihr Recht und um ihre Existenz kämpfende Arbeiterschaft, das ist das Bild unserer Tage, nicht nur im Mansfeldischen, sondern auch stets da, wo die Arbeiterschaft zum Kampf geradezu provoziert wird.

Im Mansfeldischen hat die Gewerkschaftsbürokratie die Masse nicht ohne Absicht besonders weit gelähmt. Die dortigen Gewerkschaftsmitglieder sollen jenseit gereizt werden, daß sie den Karolen unserer Parteigenossen zum Trotz aus den Gewerkschaften austreten und so ihre Geschlossenheit preisgeben. Ist es jenseit, dann heißt die Gewerkschaftsbürokratie in absehbarer Zeit die Arbeiter wieder geduldi- gter ihrer Fuchtel zu haben. Wir vertrauen aber der Einsicht der deutschen Arbeiterschaft, daß sie sich zu diesem durchsichtigen Spiel nicht mißbrauchen läßt, wie wir andererseits den unabhängigen und mehrheitssozialistischen Arbeitern vertrauen, daß sie nicht für lange Zeit diesem Treiben der Gewerkschaftsbürokratie zusehen werden. Die begeisterte Zustimmung zum Offenen Brief hat gezeigt, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit wollen: Die Ein- heitsfront des Proletariats. Sobald diese Arbeiter erfahren, daß ihre Führer zwar auch für eine Einheitsfront sind, aber für die Einheitsfront mit den Unternehmern, werden sie sich in Berlin, Hannover, Hamburg und anderen Orten genau so von dieser Gesellschaft abwenden, wie sie es im Mans- feldischen und anderen Gebieten getan haben. Durch die

mehrheitssozialistische und unabhängige Presse erfahren diese Arbeiter nichts. Deshalb muß unsere Presse verbreitet werden. Damit das geschehen kann, müßt Ihr, Genossen, Eure Kollegen ständig von dem, was wir berichten, und was rechts von uns totgeschwiegen wird, unterrichten. Tut Ihr das, erfüllt Ihr Eure Pflicht, so werdet Ihr in einem Falle schneller, in anderem Falle langsamer befristigt finden, daß Eure Arbeitskollegen Fleisch von Eurem Fleische sind.

### Die Reaktion bedankt sich bei den reformistischen Gewerkschaftspaltern.

Das Bestreben der Amsterdamer, die Kommunisten aus den Gewerkschaften herauszudrängen, findet in Frankreich wie in Deutschland den ungeteilten Beifall der Reaktion. Freilich ist die Bourgeoisie meistens zu schlau, um ihre Meinung über diese Dinge offen auszusprechen. Man hat aber dieser Tage der „Gazette“ die führende bürgerliche Zeitung in Le Havre, folgendes geschrieben:

Die kleine revolutionäre Rundgebung, die kürzlich die Pariser Arbeitsskolen veranstalteten, hat uns gezeigt, daß die

### Große öffentliche Versammlung aller streikenden Bekleidungsarbeiter am Sonntag, den 27. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr im Zirkus Busch.

Das Erscheinen aller Kollegen, auch der unorganisierten, ist Pflicht.

Bolschewisten die Absicht haben, die Unzufriedenheit inner- halb der Arbeiterklasse für ihre Zwecke auszunutzen. Die Regierung weiß dies, und darum geht sie jetzt gegen die französischen und auswärtigen Propagandisten der Moskauer Theorien vor. Aber Herr Briand hat zu viel Erfahrung in den sozialen Problemen, als daß er sich über die Wirk- samkeit solcher Gewaltmaßregeln täuschen könnte. Wenn da- gegen der Gewerkschaftsbund aus seinen Reihen die Wähler beileigt, so leistet er damit einen Dienst, dessen Wert der Ministerpräsident wohl einschätzen wird. Aber Jouhaux und Merheim müssen sich beeilen, sonst werden sie noch selbst über Bord geworfen, genau so wie es Longuet und seinen Freunden ergangen ist.

In dieser Form faltet ein führendes Organ der fran- zösischen kapitalistischen Reaktion den Reformsozialisten den Dank für ihre ausgezeichnete Leistung bei der Gewerkschafts- spaltung ab.

### Lokales.

Breslau, den 26. Februar 1921.

Ein vornehmer Arbeitgeber! Man sollte es kaum für möglich halten, wie wenig die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums gehen kann, wie wenig menschliches Gefühl doch diese Leute ihren Angehörigen gegenüber bewahren. Ein wunderbares Beispiel dafür bietet die Firma Alb. Wagner, Joh. L. Heinrich, Damenkonfektion hier, Friedrich- Wilhelm-Strasse. Bei dieser Firma ist seit circa 1 Jahr ein Fräulein Kessel als 1. Verkäuferin tätig, die in wahrhaft auf-

einander Weise ihre Arbeitskraft dem Herrn Heinrich zur Ver- fügung stellte. Nach bei 88 Grad Fieber ließ sie es sich nicht nehmen, am Jahresabschluss die Inventur mit fertig zu machen. Dann aber — am 31. Dezember — brach sie zusammen und mußte sich in einer tiefen Klinik einer schweren Operation unterziehen. Totkräft lag sie darnieder, da besah ihr Gatte, eben dieser Herr Heinrich, die Gemütskur, ihr schon am 31. Januar per Ende Februar die Kündigung ins Krankenhaus zu senden. Ausgebütet — krank — aus dem Krankenhaus — vollstän- dig überführt!

Beschaffungsbeihilfe für Angehörige von Kriegs- und Zivilgefangenen. Das Reichsministerium des Innern hat durch Veria vom 6. Dezember 1920 genehmigt, daß auch dieses Jahr eine Beschaffungsbeihilfe aus Reichsmitteln auf Antrag gewährt werden darf, sofern glaubhaft nachgewiesene Hilfsbedürftigkeit vorliegt. In Betracht kommen die Angehörigen der am 1. November 1920 noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen, der vertriebenen und an diesem Tage noch internierten Zivil- personen und der nicht länger als seit dem 1. Mai 1920 vermissten Mannschaften. Die Anträge auf diese Beihilfe sind im Büro für Wehrunterstützung, Parade auf dem Neumarkt, Zimmer 16, umgehend zu stellen unter Vorlegung des Wehr- unterstützungsbuches und der letzten Nachricht des Kriegs- oder Zivilgefangenen usw.

### Lebensmittelverteilung.

a) vom 3. bis 8. März 1921:

1. Zweck auf Lebensmittelmarkte R 35 und Sondermarkte 12 für hoffende und müde Mütter
2. Weizenmehl und Teigwaren, beide Waren nur zusammen, auf Lebensmittelmarkte R 36
3. Getreide auf Nahrungsmittelmarkte 203 weiß und rot und Zusat- nahrungsmittelmarkte 40 für Mütter.

b) Vom 2. bis 5. März:

4. Amerik. Weizenmehl, auf Lebensmittelmarkte R 37.
- Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Umschlags- büroen verwiesen.

### Versammlungskalender.

- Anstalt und Vorstand, Sozial. Verlag, Montag, den 28. Fe- bruar, abends 7 Uhr, Sitzung im Parteital. Wichtige Ver- lagssachenangelegenheiten.
- Kommunistische Jugend, Breslau, Sonntag, den 27. Februar, Wanderroute nach Dörsdorf. Treffen früh 7 Uhr, Endstation Linie 11, Marktbasarstraße. Sämtliche Genossinnen und Genossen haben zu erscheinen. Mitzubringen sind Musikinstrumente und Verpflegung für einen Tag. Gäste, die mitwandern wollen, sind willkommen.
- Sörlig, Montag, den 28. Februar, abends 1/8 8 Uhr, Mitglieder- versammlung im „Bismarckgarten“. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Gertruda, Vertrauensleute! Montag, den 28. Februar, abends von 7 bis 9 Uhr, im „Bachwald“ Mittelzimmer, findet die Ab- rechnung für Januar und Februar statt. Liste und Marken sind mitzubringen. Der Kassierer.
- Neu-Zalbrunn, Sonntag, den 27. Februar, vorm. 9 Uhr, im Finsterbrunn, Mitgliederversammlung. Besonders die Genossen, die im Bergarbeiter-Verband organisiert sind, müssen unbedingt erscheinen. Alle Funktionäre der Partei treffen sich eine halbe Stunde früher in demselben Lokal. Referent anwesend. Tagesordnung sehr wichtig.
- Herausgeber: „Sozialistischer Verlag“ e. G. m. b. H.  
Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: 1391  
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert,  
für Inserate: Liebichwagner & Meyer.  
Druck: Buchdruckerei Biffel & Taniakel, sämtlich in Breslau.

**Stadttheater.**  
Sonabend 7 Uhr:  
Orpheus in der Unterwelt.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der Freischütz.  
Abends 7 Uhr:  
Cavalleria rusticana.  
Dienst: Der Bajazzo.

**Jobe-Theater.**  
Sonabend 7 1/2 Uhr:  
Falkenflug ins Tob.

**Chalia-Theater.**  
Sonabend 7 1/2 Uhr:  
Sie.

**Schauspielhaus.**  
Opernabende II. R. 2645  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Kluge Mayer.  
Sonabend nachm. 3 Uhr:  
Der liebe Augustin.  
Dienst 7 1/2 Uhr:  
Der letzte Walzer.

**Liebich-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Illenebs Löwen  
und das glänzende  
Fehlar-Programm.

**Ober-Bayern**  
Gartenstr. 65  
Täglich  
die beliebtesten  
Oberlandler  
Koch-, Schenk-, Sauf.

**Jupiter**  
Westgasse  
Der gewaltige  
Abenteurerfilm  
**New-York-Paris.**  
Sensationelle Ent-  
wicklungen des  
Spionage-Konzerns  
1. und 2. Teil  
in 8 Akten.  
In der  
Kinder-Vorstellung:  
**Rübezahls  
Hochzeit.**

**Volksgarten-  
Lichtspiele**  
Mittwoch, den 26.  
Ab Freitag, den 26. Februar  
Lichtspiel:  
Der Herr Zanders  
Todesfahrt  
in der Doppelrolle  
nicht wieder zu sehen, da  
fürs Ausland verpflichtet.  
Antritt: 7 und 9 Uhr  
Anmerkungen:  
Dieses genackte Szenario  
Drama u. d. Serie: **Spionage-  
Der Affenschnitt**  
in 5 großen Akten.  
Kinder der Straße  
Spionage-Drama in 4 Akten

**Cafe Dessau**  
früher Central  
Dammstraße Nr. 2  
Elektr. Friedr.-Wth.-Str.  
Täglich Künstler-Konzert!  
Telephon R. 2021  
Paul Buhl.

**Schauburg**  
Victoria-Theater  
Neue Taschenstraße  
**Film-Schau:**  
**3 Liebesnächte**  
aus dem  
**Dekameron**  
von Boccaccio  
4 Akte.  
Ausserdem:  
Erst-Aufführung:  
**Der Cowboy-  
Milliärdär**  
Wild-West-Drama  
6 Akte.  
Theater-Schau:  
Nur kurze Zeit!  
Persönlich. Gastspiel  
**Paul  
Rainer**  
i. d. Detektiv-Sketch  
**Graf Spitzbube.**

**D. K.**  
Theater  
Friedr.-Wth.-Str. 35.  
Nur Freitag bis Montag:  
**3 Erstaufführungen!**  
**John Long,  
der Dieb**  
oder die Jagd um  
Tod oder Leben,  
**5 Akte**  
Ferner:  
**5 Kriminal-Akte**  
**Zuchthaus-  
ketten**  
oder  
**Tragische Folgen  
einer Liebesnacht**  
Ausserdem:  
**A. Müller-Linke**  
die urkomische  
Darstellerin in  
**Die Dallesbraut**  
3 humoristische  
Akte

**Das freie Land**  
Kommunistischer Monatsheft für 1921.  
Preis 4 RM.  
„Schick ein Kalender, der möglichst abhört  
von den wütenden Forderungen. Mit Un-  
gelen, Kritik, feiner Erörterungen und mit  
Büchern, welche die heutige Zeit treffend charak-  
terisieren, angeschlossen. Jeder Kalender, jeder  
Bücherheft, jeder Kalender sollte den  
Kalender heißen.“  
Kommunistische Bucherei  
(H. Selts) Breslau 5, Gölzinger Straße 45.

**Central-Ball-Saal**  
(Deutscher Kronprinz) A. Hahn  
Westendstrasse 50/52, Strassenbahnlinie 1 u. 21.  
**Jeden Sonntag und Mittwoch  
Großer Tanz.**

**T. T.**  
Tausendzweiplatz 15  
Vom 25. Februar bis  
einschl. 3. März 1921  
**Dein ist  
mein Herz**  
Schauspiel in 5 Akten.  
**Liebe und Selbsthüte**  
Lastspiel in 2 Akten.  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr.  
Eintritt 1/2 Stunde v. Beginn.

**Ufo**  
Ab heute:  
**Hannerl und  
ihre Liebhaber**  
nach dem bekannten gleich-  
namigen Roman von  
R. H. Bartsch.  
Ferner:  
**Der Geisterseher**  
Ein lustiger Eheroman  
in 2 Bänden mit Leo Peukert.  
Beginn pünktlich 4 Uhr.  
Sonntags u. Feiertags 3 Uhr.

**Holios-Kino**  
Salzstraße 2/4  
Von Freitag, d. 25. 2.  
bis Dienstag, d. 1. 3.

**Kammer-  
Lichtspiele**  
Schweidnitzer Strasse.  
Gross Schöner-Weber!  
Die gewaltige Sensation  
**Der Raub der  
ägyptischen Königin**  
nach dem grossen Roman  
von Friedr. Köhne  
Die Topher-Mumie.

**Treu der  
Jugend!**  
Gesellschaftliche  
in 4 grossen Akten  
Dieses das glänzende Lustspiel  
**Ihr liebster Feind**  
Trakt über den Glauben  
aus Prokel  
Johann Dietrich und Franz  
Friedrichs

**Almetalle**  
kauft  
täglich, Neumarkt 26.

**Salo Tichauer & Co**  
Neue Leipzigerstr. 25a  
Leipzigerstr. 63  
Friedr.-Wilhelm-Str. 12  
am Hauptplatz  
Leistungsfähige  
Schuhwarenhäuser  
am Platz.  
Händlerpreisliste gratis  
P. Heller, Nikolaistr. 16/17

**Überraschenden  
Erfolg**  
bringen Fragen meine unerreich-  
klugen — ten kombinierten  
Spezialmittel bei Regel selbst da,  
Störungen der Regel, wo alles  
andere versagt. — Schreiben Sie  
mir **festen Glauben an Hilfe**  
im **Wirkung** schon nach Stunden. Sie  
wird mir ewig dankbar  
sein. Ungezählte Frauen wurden  
dadurch glücklich. Die Mittel  
sind unschädlich, ich leiste volle  
**Garantie**. Teilen Sie mir bitte  
mit, wie lange Sie schon zu klagen  
haben. — Keine Berufsberatung.  
Diskreter Versand n. Nachnahme  
**„Hygiene“-Versandhaus**  
Hamburg 3, Weststr. 9. (11.)

**Frauen**  
Wenn alles versagt, dann  
nehmen Sie bei  
**Periodenstörung**  
u. Unregelmäßigkeiten  
meine tausendfach  
bewährte **Hygiene**  
Preis Mk. 17,- u. 25,-.  
Biel. freiw. Danfshof.  
Ferner empfehle:  
**Gummivaren**  
für Damen und Herren,  
Spülspig., Irrigator,  
Leib- u. Menstruations-  
Katalog gratis, Einlieferung  
von Mk. 1,-.

**Frau A. Gebauer**  
Breslau 6, Sch. F.  
Deffauerstraße 1, u.  
Ed. Friedr. Wilh.-Str. 26

**Alt-Metalle**  
Lippert, Reibgenberg 43. kauft Otto, Seidenstr. 8

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen  
der Stadt Breslau u. d. U.  
**Einfache Möbel**  
nach künstlerischen Entwürfen zu zeit-  
gemäß billigen Preisen gegen bar  
= oder erleichterte Zahlungsweise =  
**Albrechtstrasse Nr. 39**  
Eingang Altbückerstr., 1. Stock

**Anzeigen-Revolution**  
sofort gesucht. Meldung nachm. von 2-6 Uhr  
bei Brintzer, Gölzingerstr. 2a, H. rechts.